

# Mittelsächsische LinksWorte

26. JANUAR 2022

NR. 169

16. JAHRGANG



Blick auf Neuhausen im Erzgebirge am Fuße des Schwarzenberges, der höchstgelegenen Gemeinde des Landkreises Mittelsachsen. Auch auf dem „Gipfel von Mittelsachsen“ schlägt die Pandemie seit fast zwei Jahren zu - eine fast verlorene Zeit für den Tourismus. Jetzt zeigen sich - trotz erneut wachsender Inzidenz - erste Hoffnungszeichen. Seit 15. Januar sind der Museumskomplex am Nussknackermuseum und das Glashüttenmuseum unter Einhaltung der 2G-Regelung wieder geöffnet und freuen sich auf die Besucher. Die Schwarzenbergloipe ist befestigt und gespurt. Auch auf dem Skihang im Rechenberg-Bienenmühler Ortsteil Holzau - dem zweiten Wintersportzentrum im Landkreis Mittelsachsen - hat die Beschneidung begonnen und die Lifte starten in die Saison. Jetzt ist zu hoffen, dass es keinen neuen Rückschlag gibt.

## DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

### 1. ANALYSIERT:

DIE LINKE UND DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHE  
UMBAU DER GESELLSCHAFT

### 2. BILANZIERT:

ERGEBNISSE DER SITZUNG DES  
KREISTAGES VOM DEZEMBER

### 3. VORAUSGEBLICKT:

DIE LANDRATS- UND BÜRGERMEISTER-  
WAHLEN IM JUNI

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & würdigung
4	<b>titelthema 1: zum sozial-ökologischen umbau der gesellschaft</b>
5	mosaik
6	<b>titelthema 2: sitzung des kreistages vom dezember</b>
7	unsere serie - immer auf seite -7- linksworte vom januar 2008
8	mosaik
9	<b>titelthema 3: vorbereitung der landrats- und bürgermeisterwahlen</b>
10	<b>unsere serie zur politischen bildung: beitrag -72-: wie viel freiheit ist möglich?</b>
11	glückwünsche & kreisvorstand & historische daten
12	termine & trauer & mosaik

**Erscheinungstag** der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist Mittwoch, der 23. Februar 2022. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 16. Februar. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

Herausgeber:

**DIE LINKE.**

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

**Postanschrift der Redaktion:**

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

**Layout und Satz:** A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem Erscheinen unserer vorherigen Ausgabe der „LinksWorte“ Ende November sind fast zwei Monate vergangen. Trotz der anhaltenden Corona-Pandemie und einer relativen Feiertagsruhe um Weihnachten und Neujahr hat sich seitdem einiges getan. Vieles davon konnte nur noch online stattfinden. Die Vorstandsberatungen der LINKEN auf allen Ebenen, vom Bund über das Land bis in die Kreise, konnten nur per Video-Konferenz „über die Bühne gehen“. Selbst der traditionelle politische Jahresauftakt der LINKEN fand nur in abgespeckter Form und online statt, die meisten Redner\*innen waren per Video zugeschaltet, darunter auch Prof. Gerhard Trabert, Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten. Wir stellen ihn auf Seite -8- vor. Wenigstens die Ehrung von Karl und Rosa an der Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde konnte wieder zum traditionellen Termin am zweiten Januar-Sonntag stattfinden. Dazu ein kurzer Bericht auf Seite -12-.

Unser erstes Titelthema beschäftigt sich mit den inhaltlichen Schlussfolgerungen, welche DIE LINKE für den bevorstehenden Zeitabschnitt aus der „vergeigten“ Bundestagswahl gezogen hat. Da gab es zunächst Mitte Dezember eine Erklärung der beiden Vorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler unter der Überschrift „Den Kompass neu ausrichten“. Mit dem das Papier „Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht“, welches beide zum politischen Jahresauftakt am 15. Januar präsentierten, wurde nachjustiert und der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt.

Unser zweites Titelthema ist traditionell der Arbeit der Kreistagsfraktion der LINKEN gewidmet. In dieser Ausgabe wertet der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt, der auch Mitglied unserer Redaktion ist, die Dezember-Sitzung des mittelsächsischen Kreistages aus.

In unserem dritten Titelthema gehen wir auf die inhaltlichen Schwerpunkte ein, welche für den sächsischen Landes- und dem mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN im ersten Halbjahr im Mittelpunkt stehen werden. Die wesentliche Rolle dabei werden die Landrats- und Kommunalwahlen am 12. Juni spielen. Dazu fanden noch im Dezember eine Online-Beratung des Kreisvorstands mit den Ortsvorsitzenden und Anfang Januar eine gemeinsame Online-Sitzung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion statt.

Wir setzen unsere Serie unter dem Motto „Was bei der mittelsächsischen LINKEN vor 14 Jahren geschah“ fort. Diesmal steht die Arbeit des im Herbst 2007 gegründeten Regionalverbandes an der Jahreswende zum Jahr 2008 im Mittelpunkt. In unserer langjährigen Serie zur politischen Bildung und Information widmet sich Achim Grunke der Frage „Wie viel Freiheit ist möglich?“. Dabei stellt er den Begriff „Freiheit“ in den Zusammenhang mit Notwendigkeit, Nachhaltigkeit und der Corona-Krise.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

freiberger zivilgesellschaft wehrt sich gegen rufschädigung

Von **ACHIM GRUNKE**

Schon seit Monaten sorgen die allmontäglichen „Spaziergänge“ in der Stadt Freiberg dafür, dass das Ansehen der Stadt weit über die nationalen Grenzen beschädigt wird. Nun handelt es sich hierbei nicht um Leute, die sich rein zufällig jeden Montag treffen, um ganz normal durch die Stadt zu spazieren. Es sind, wie immer polizeiamtlich festgestellt wird, nicht angemeldete, rechtswidrige Aufzüge. So auch wieder am 17. Januar, als an die achthundert Personen durch die Freiburger Innenstadt „spaziert“, zuweilen unüberhörbar durch Trillerpfeifen und Böller, auch „Winklemente“ wurden mitgeführt. All dies unterstrich noch mal die Rechtswidrigkeit des als Spaziergang verschleierte Aufzugs.

Auch um ein Signal über das andere vernünftige Freiberg nach außen zu senden, hatte das Netzwerk „Freiberg für alle“ ebenso für den 17. Januar zu einer öffentlichen Versammlung auf dem Obermarkt aufgerufen, unter dem Motto „Gemeinsam ein Zeichen setzen! Füreinander, miteinander, für Freiberg!“. Etwa einhundertfünfzig Leute waren gekommen, noch unterhalb der gegenwärtig nach Versammlungsrecht zugelassenen Teilnehmerzahl von zweihundert.

Ich erhalte in letzter Zeit vermehrt Anrufe von ehemaligen Studien- und Berufskollegen und von Bekannten aus anderen Teilen Deutschlands, die nicht verstehen können, dass sich in einer Wissenschafts- und Kulturstadt wie Freiberg ein „solcher Spuk“ (die „Spaziergänge“) breit machen konnte. Eine tiefgründige soziologische Analyse fällt hier schwer. Bekannt ist inzwischen, dass Rechtsextremisten wie die Kleinstpartei „Freie Sachsen“ die Spaziergänge für ihre Zwecke gekapert haben und die „Spaziergänger“ ganz offen von der AfD unterstützt werden. Auch ist zu hören, dass AfD-Politiker keine Probleme mit den „Freien Sachsen“ hätten. Falsch aber wäre indes, alle Teilnehmer an den „Spaziergängen“ als Rechtsextremisten einzustufen. Darunter sind offensichtlich politisch naive Mitläufer, die sich aber die Frage stellen lassen müssen, warum sie denn immer noch an den „Spaziergängen“ teilnehmen, obwohl längst allgemein bekannt ist, dass diese von Rechtsextremisten unterwandert sind und von diesen gesteuert werden. Wie hoch der Anteil der Teilnehmer mit verfestigten rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen (die Grenzen zwischen beiden sind fließend) ist, lässt sich schwer sagen. Wir wissen jedoch: zur Bundestagswahl 2021 votierten ca. 25% der Wähler in Sachsen für die AfD. In der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 wird ein Anteil von ca. einem Fünftel der Wählerschaft der AfD als rechtsextrem eingeordnet.

Immer wieder wird auch die Frage gestellt, ob es sinnvoll sei, mit den Protestierenden ins Gespräch zu kommen. Da gibt es zunächst Impfskeptiker und Kritiker der Coroneinschränkungen, die nicht an den Spaziergängen teilnehmen, ja sich mitunter auch davon distanzieren. Sie sollten nicht an den Pranger gestellt werden, mit ihnen lässt sich auch reden. Beim größten Teil der „Spaziergängern“ scheinen sich aber deren Einstellungen derart verhärtet zu haben, sodass kaum Dialogbereitschaft zu erwarten ist, abgesehen von Einzelpersonen, die man vielleicht persönlich kennt.



auf seite -drei-  
- Immer konsequent links -

zur suche des weges der linken  
aus der krise

Die Suche des Weges der LINKEN aus ihrer tiefen Krise hat - wenn meines Erachtens auch ziemlich zögerlich - begonnen. Dieser Weg muss unter den Bedingungen des Umbruchs im Parteiensystem und der Erosion der Volksparteien beschritten werden. Die „Ära Merkel“ ist vorbei, die Union bei der Selbstsuche. Die Sozialdemokraten und die Grünen, denen man sich im Wahlkampf noch anzudienen versuchte, bilden gemeinsam mit den Liberalen die neue Regierung. Deutschland hat seit Anfang Dezember einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.

Am 3. Oktober des vergangenen Jahres fasste der Parteivorstand einen Beschluss „Zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021“, den wir in den „LinksWorten“ im Wortlaut veröffentlichten. Darin ist u.a. die Rede davon, dass der Parteivorstand einen „Vorschlag für eine strategische Orientierung der LINKEN“ vorlegen und einen „Verständigungsprozess zur inhaltlichen Weiterentwicklung“ einleiten werde. Inzwischen haben sich die beiden Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler in einem Newsletter vom 15. Dezember unter der Überschrift „Den Kompass neu ausrichten“ und in einem Mitgliederbrief, online gestellt am 17. Januar, zu Schwerpunkten geäußert, wobei sie sich auf ein Papier beziehen, welches zum politischen Jahresauftakt 2022 vorgelegt wurde und einen „klaren Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz“ beinhaltet. Beim politischen Jahresauftakt der LINKEN kam auch der Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, der Arzt Gerhard Trabert, zu Wort. Ich meine, eine kluge Entscheidung, auch wenn die Chancen für seine Wahl gleich Null sind. Während der bürgerlichen Presse vor allem die von Trabert etwas unglücklich gezogene Parallele zwischen der Ausgrenzung armer und geflüchteter Menschen und der Verfolgung von Juden in der NS-Zeit (diese Aussage hat er auf Twitter umgehend relativiert) einen Kommentar wert war, stellt ausgerechnet das „neue Deutschland“ in einem Kommentar unter der Überschrift „Trabert motiviert nicht“ die Kandidatur in Frage. Dieser sei als „alter, weißer, männlicher Professor näher an Frank-Walter Steinmeier als an jenen, die er vertritt“. Welch ein Unsinn!

Bei der Suche nach dem Weg aus der Krise hält das Donnerrollen nach dem ernüchternden Ergebnis bei den Bundestagswahlen vom 26. September des vergangenen Jahres an. Vor allem Susanne Hennig-Wellsow wird dabei nicht müde zu betonen, dass die immer wieder aufflammenden inneren Streitigkeiten Wähler der LINKEN abgeschreckt haben. Sie plädiert deshalb dafür, die Erkenntnisse von Partei und Fraktion so zusammenzuführen, dass man im Ergebnis gemeinsam klüger werde. Leider funktioniert das im Zusammenwirken mit dem Ältestenrat - immerhin ein vom Parteivorstand berufenes Konsultationsgremium - nur sehr holprig oder gar nicht. „Unsere Vorschläge zur Strategie und Parteientwicklung“ - so der Ältestenrat - „lösten weder ein Interesse oder gar eine Bereitschaft zur Debatte aus“. Die Konsequenz: Hans Modrow hat als Vorsitzender die Vertrauensfrage an den Parteivorstand gestellt, Christa Luft ist aus der LINKEN ausgetreten (hw)

ein seltenes jubiläum im ehrenamt

von HANS WEISKE

Am 1. Dezember feierte Genossin Ruth Fritzsche - Mitglied unserer Redaktion - ihren 95. Geburtstag. Eine Preisfrage: gibt es in unserem Land wenigstens noch eine weitere Person, die in diesem betagten Alter unermüdlich ehrenamtliche Arbeit leistet. Ich glaube, die gibt es nicht. Ruth ist als Leiterin der Kreisgeschäftsstelle nicht wegzudenken. Die gesamte Mitgliederverwaltung im Kreisverband liegt auf ihrem Tisch, nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden von Brigitte Hübler hat sie auch noch deren Aufgabenbereich in der Finanzbuchhaltung übernommen. Ihren Computer beherrscht sie, den Email-Verkehr organisiert sie souverän. Legendär ist ihre Konsequenz bei der Organisation von Info-Ständen in Freiberg. Bei der Anzahl der zeitlebens organisierten Info-Stände dürfte Ruth Weltrekordlerin sein.

Ruth erlebte die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus als junges Mädchen. Geprägt von ihrem antifaschistischen Elternhaus widmete sie von Anfang an alle ihre Kräfte dem sozialistischen Aufbau, zunächst in der sowjetischen Besatzungszone, später in der DDR. Nach der politischen Wende war und ist sie bis heute für die PDS und DIE LINKE aktiv.



Zu unseren Bildern: Ruth Fritzsche verkündet auf der Kreiswahlversammlung in Siebenlehn den Bericht der Mandatsprüfungskommission (oben) und präsentiert ein Erinnerungsfoto mit Dietmar Bartsch nach dessen Wahlkampfauftritt in Freiberg (unten)

aus gleichem anlass etwas zum schmunzeln



Seit ihrem 80. Geburtstag widmen wir Ruth im Fünf-Jahres-Rhythmus eine nicht ganz ernst gemeinte Sonderausgabe der LinksWorte. Im Bild der Titel der aktuellen Ausgabe vom Dezember 2021. Auf dem Titelbild alles Personen mit dem «legendären» Geburtsjahr 1926. Im Mittelpunkt natürlich Ruth Fritzsche, direkt unter Fidel Castro. Von den ganz Großen des Geburtsjahres 1926 habe ich leider Peter Alexander und Klaus Kinski nicht mehr untergebracht

In unserer Sonderausgabe zum 90. Geburtstag hat die Redaktion eine kleine Namenskunde betrieben.

«RUTH» (auch «RUT»): weiblicher Vorname aus dem Hebräischen «Freundin, Begleiterin, Freundschaft»

Auf RUTH gehen zurück (Quelle: Wikipedia) (dabei muss die Zurückführung der Namen auf Ruth Fritzsche teilweise noch belegt werden, vor allem bei der genannten Rock-Band, d.R.)

- RUTH (Musikpreis), deutscher Weltmusikpreis, der in Rudolstadt vergeben wird
- RUTH-Gletscher, Gletscher in Alaska im Denali-Nationalpark
- MOUNT RUTH, (Berg) Berg im Königin-Maut-Gebirge in der Antarktis
- RUTH (Mondkrater), kleiner Einschlagkrater auf der Mondvorderseite
- RUTH (Oratorium) Oratorium von Otto Goldschmidt
- BABE RUTH (Band) US-amerikanische Rockband
- RUTH (Asteroid) Asteroid Nr. V (798)
- RUTH (Stadt) Bergwerksstadt in White Pine County, Nevada, USA



## die linke zum sozial-ökologischen umbau von wirtschaft und gesellschaft

*In einer ersten Auswertung des ernüchternden Wahlergebnisses zu den Bundestagswahlen hat der Parteivorstand auf einer Klausurberatung Anfang Oktober angekündigt, einen „Vorschlag für eine strategische Orientierung und die inhaltliche Weiterentwicklung der LINKEN“ vorzulegen und einen „Verständigungsprozess zur inhaltlichen Weiterentwicklung“ einzuleiten. Die Redaktion betrachtet den politischen Jahresauftakt am 15. Januar als einen Schritt in diese Richtung. Im folgenden drucken wir Auszüge aus dem Mitgliederbrief ab, unterzeichnet von Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler. Außerdem dokumentieren wir inhaltliche Schwerpunkte aus dem vorgestellten Papier „Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht.“*

### Liebe Genossinnen und Genossen,

am Wochenende fand unser Jahresauftakt 2022 statt. Aufgrund der Corona-Lage im digitalen Format. Uns war es wichtig, mit einem klaren Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz in das neue Jahr zu starten. Es wird nicht nur das erste Jahr der Ampelregierung sein, sondern auch ein Jahr, in dem wir uns nach der Niederlage bei der Bundestagswahl neu zusammenraufen müssen. Die ersten Schritte der Ampelregierung zeigen: DIE LINKE wird gebraucht. Ihr Koalitionsvertrag steht nicht nur für eine halberzige, sondern für eine halbierte Transformation – sie ist keine gerechte Transformation.

Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der sozial UND klimagerecht ist. Eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation braucht soziale Absicherung. Sie muss so gestaltet werden, dass sie niemanden zurücklässt und die verantwortlichen Profiteure wie große Energiekonzerne zur Kasse bittet. Wir wollen, dass beim Klimaschutz nicht nur der Motor ausgetauscht wird, sondern dass wir die Funktionsweise ändern. Die Energieversorgung muss dezentral sein und demokratisch kontrolliert werden – die Belegschaften und die Nutzerinnen und Nutzer müssen mitentscheiden können, wie und wo wir produzieren. DIE LINKE will eine soziale Investitionsoffensive, die zugleich ein Klima-Job-Programm für gut bezahlte und sinnvolle Arbeit ist.

Wir haben uns sehr über die Teilnahme unseres Bundespräsidentenskandidaten **PROF. DR. GERHARD TRABERT** gefreut. Gerhard Trabert plädierte mit Leidenschaft gegen soziale Ausgrenzung und für eine humane Politik gegenüber Geflüchteten an den europäischen Grenzen. Unser zweiter Gast, der Labour-Politiker und Schattenfinanzminister von Jeremy Corbyn, **JOHN McDONNELL**, verwies darauf, dass die Linke in Europa eine sozialistische Perspektive im Kontext der Pandemie, der Klimakrise, der sozialen und rassistischen Ungleichheit, der nationalistischen und populistischen Macht und des daraus resultierenden Demokratiedefizits neu formulieren müsse. „Beispielsweise sollten wir unsere Ansätze für alternative Eigentumsmodelle vorantreiben, die nicht nur das nationale, sondern auch das globale Kapital einbeziehen, etwa in Bezug auf Google, Amazon, Big Pharma oder andere transnationale Unternehmen.“

Auf ein erfolgreiches Jahr 2022 – bei den vier anstehenden Landtagswahlen, bei der alltäglichen politischen Arbeit und im Persönlichen. Auf ein Jahr, das Spaß macht.

Mit solidarischen und herzlichen Grüßen,

**SUSANNE HENNING-WELLSOW & JANINE WISSLER**



Screenshot vom digital übertragenen politischen Jahresauftakt der LINKEN. Moderiert wurde er von der Rheinland-Pfälzer Landesvorsitzenden Melanie Wery-Sims und vom Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler. Mit im Studio die Co-Bundesvorsitzende Janine Wissler.

### Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht

Zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaft gehört, dass Ungleichheit immer wieder neu hergestellt wird und dass die natürlichen Grundlagen in unserer Wirtschaft verbraucht und zerstört werden. Beide – Ungleichheit und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen – bedrohen den Fortbestand unseres Planeten. Beides zu überwinden ist die Herausforderung unserer Zeit.

Wir stellen uns der Aufgabe, die Klimakatastrophe zu stoppen und Klimaschutz in eine umfassende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einzubetten. Linke Politik auf der Höhe der Zeit bedeutet, soziale und ökologische Kämpfe zusammen zu denken, der sozialen und der ökologischen Frage eine gemeinsame Antwort zu geben. Wird der Wandel richtig angepackt, lassen wir dabei niemanden zurück, wird die Lebensqualität der Menschen insgesamt steigen – trotz der einzusparenden Ressourcen.

### Die LINKE Alternative: eine gerechte und wirkungsvolle Transformation

DIE LINKE streitet für einen gerechten Umbau. LINKE Transformation setzt auf wirksamem Klimaschutz, einen Ausbau des Öffentlichen und gute Arbeit.

#### Klimaschutz: Emissionen auf null in allen Sektoren

Deutschland muss schnellstmöglich auf den 1,5-Grad-Pfad. und die Verantwortung für den Klimaschutz endlich wahrnehmen. Ab 2035 sollten wir in Deutschland klimaneutral leben und wirtschaften.

#### Energiewende voranbringen

Für Deutschland muss ein festes CO<sub>2</sub>-Restbudget definiert werden. Daraus müssen konkrete Restbudgets für die fünf klimarelevanten Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft abgeleitet werden. Diese sektorbezogenen Restbudgets dürfen dann nicht mehr überschritten werden. Eine „sektorübergreifende Gesamtrechnung“, wie sie der Koalitionsvertrag vorsieht, würde vor allem dem Verkehrssektor ermöglichen, weiterhin nichts zum Klimaschutz beizutragen. Das muss verhindert werden. Die angekündigte Novelle des Klimaschutzgesetzes muss für jeden Sektor sichere und verlässliche Pfade beschreiben, wie die klimaschädlichen Emissionen bis Mitte des nächsten Jahrzehnts auf null gesenkt werden. Dabei darf kein Bereich ausgespart werden, keine Lobby darf sich mit Ausnahmen herauswinden. Alle großen emittierenden Akteure müssen mit klaren gesetzlichen Maßnahmen zum Klimaschutz verpflichtet werden – ohne Wenn und Aber.

#### Die LINKE Verkehrswende

Für eine Verkehrswende, die soziale und ökologische Belange in den Vordergrund stellt, ist die Antriebswende nur ein Punkt. Ja, wir müssen schnell raus aus dem Verbrennungsmotor. Am besten bis spätestens 2030. Noch wichtiger ist es aber, kollektive – und ökologische – Verkehrsmittel auszubauen und für alle bezahlbar zu machen. Die Menschen müssen unabhängig vom Auto mobil sein können – auch auf dem Land.

#### Klimagerechter Industrieumbau

Der Umbau der Industrie muss die Beschäftigten in den Transformationsbranchen schützen, Jobs und Einkommen garantieren und ihnen Übergänge ermöglichen. Dafür müssen die großen Treibhausgas emittierenden Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, bis 2035 klimaneutral zu wirtschaften. Dadurch werden hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Wo mit Steuergeldern Unternehmen direkt unterstützt werden, müssen „Gegenleistungen“ erfolgen: gute Löhne und Arbeitsbedingungen und eine öffentliche Beteiligung. Öffentliche Gelder müssen zu mehr Demokratie, mehr Verfügung für die Bevölkerung führen. Auch über die Fragen, was wir wie produzieren.

#### Die Agrarwende einleiten

Die industrielle Landwirtschaft hat weltweit einen hohen Anteil an der Erzeugung von klimaschädlichen Treibhausgasen. Viele Praktiken führen zur Verunreinigung von Wasser, Boden und Luft, und sind hauptverantwortlich für den Verlust von Biodiversität. Die fehlgeleitete deutsche und europäische Agrarpolitik und die Strukturen der Verarbeitungs- und Vermarktungsindustrie führen dazu, dass Landwirt\*innen unter enormem wirtschaftlichen Druck stehen und ihnen oft keine Handlungsmöglichkeiten bleiben, um auf eine weniger zerstörerische Produktion umzustellen. Wir wollen das ändern und fordern Möglichkeiten zu schaffen das vorhandene Wissen zu nutzen und die Agrarwende voranzubringen. Wir brauchen daher umgehend einen gerechten Übergang in ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem, das sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Verbraucher\*innen orientiert und nicht an Profitinteressen der Konzerne!

**Diese LINKE Transformation würde das Leben der Menschen spürbar verbessern. Dafür setzen wir uns als LINKE Opposition ein!**



## mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen

im kommenden September kommt es zu einem bundesweiten Mitgliederentscheid zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE). Im Auftrag des Sprecher\*innenrates der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) „Bedingungsloses Grundeinkommen“ übermittelte uns Mischa Krentzler den nachstehenden Artikel und das Bild. Der Parteivorstand hat sich am 16. Januar mit dem Fortlauf des Mitgliederentscheids zum bedingungslosen Grundeinkommen. Er beschloss die Veröffentlichung einer Broschüre, die den aktuellen Stand unserer Programmatik zum Sozialstaat und linke Konzepte zum BGE dokumentieren soll.

### Der erste Mitgliederentscheid „von unten“ steht an!

Der Fahrplan steht: Im September 2022 werden alle Mitglieder von DIE LINKE bundesweit und basisdemokratisch über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) abstimmen. Aber worum geht es überhaupt? Und wie ist es eigentlich dazu gekommen?

Ein Mitgliederentscheid ist eine basisdemokratische Urabstimmung aller Parteimitglieder zu politischen Fragen oder Personalfragen. Die Durchführung eines Mitgliederentscheids kann beispielsweise durch den Parteitag beschlossen oder von fünf Prozent aller Parteimitglieder herbeigeführt werden.

Bereits im Frühjahr 2017 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen dazu entschieden, einen solchen Mitgliederentscheid zum BGE herbeizuführen. Noch im selben Jahr haben wir damit begonnen, Unterschriften zu sammeln. Im Frühjahr 2020 war es dann soweit: mit Hilfe zahlreicher Unterstützer\*innen haben wir über 3.100 gültige Unterschriften von Parteimitgliedern gesammelt – das Quorum von fünf Prozent war erreicht. Damit handelt es sich um den ersten von Basis herbeigeführten Mitgliederentscheid in unserer Bundespartei.

Für uns ist eine sachliche und ausgeglichene Debatte im Vorfeld der Entscheidung



Eine der Sternstunden der Landesarbeitsgemeinschaft „Bedingungsloses Grundeinkommen“: „Volle Hütte“ in der Dresdner „Schauburg“ zur „Pro-Kontra-Diskussion“ von **KATJA KIPPING** und **ULRIKE HERRMANN**, Redakteurin bei der taz.

Foto: Marco Dziallas

wichtig. Wegen Corona war es nicht wie sonst möglich, Veranstaltungen durchzuführen oder mit allen Genoss\*innen in den Diskurs zu treten – das Parteileben lag brach. Außerdem erschien es für uns nicht zielführend, einen so wichtigen Mitgliederentscheid parallel zu einem Bundestagswahlkampf durchzuführen. Eine Plan B musste her. Gemeinsam mit dem Parteivorstand haben wir daher einen Antrag zum zeitlichen und inhaltlichen Ablauf für den Bundestag erarbeitet. Dieser Antrag wurde der 1. Tagung des 7. Bundestages am Februar 2021 zur Abstimmung vorgelegt und von diesem positiv entschieden: Spätestens ein Jahr nach der Bundestagswahl würde der Mitgliederentscheid stattfinden.

Die Menschen verlangen Antworten von uns. Wir haben ein Konzept zum BGE aufgestellt, das europaweit viel Ansehen genießt. Es beschreibt ein modernes linkes Sozialstaatskonzept – sanktionsfrei und ohne Stigmatisierung von Bedürftigkeit. Es stellt klare Unterschiede zu allen anderen politischen Akteuren heraus, zeigt klare Perspektiven für die Zukunft auf und bedient ganz bewusst ein auf Gemeinwohl und Solidarität ausgelegtes Menschenbild. Wir finden: das BGE stärkt DIE LINKE, ohne dass wir andere Positionen aufgeben müssen.

Nun geht es bald schon los, denn bevor es ans Entscheiden geht, ist eine sechsmonatige Phase für Meinungsbildung und Diskussion vorgesehen. Wir möchten vom Grundeinkommen überzeugen und freuen uns auf die gemeinsame Debatte.

## bildungskonferenz des sächsischen landesverbandes



Das deutsche Bildungssystem manövriert sich seit Jahrzehnten von einer Krise zur nächsten. Lehrer\*innenmangel, Gebäudemängel und nun auch noch die Corona-Pandemie. All das zeigt uns immer wieder auf dramatische Weise, dass Bildung im gesamtgesellschaftlichen Diskurs nur einen geringen Stellenwert hat. Die Auswirkungen sind fatal. Deutlicher denn je wurde in der Zeit der Pandemie, dass eben nicht alle die gleichen Chancen auf Bildung haben, dass die Digitalisierung eben nicht überall ankommt, dass Deutschland im internationalen Vergleich immer noch Aufholbedarf hat.

Wir als linke Bildungskritiker\*innen sind uns einig: die Frage der Bildungsgerechtigkeit hängt immer mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit zusammen. Diese Fragen gilt es zu lösen im internationalen Rahmen, auf Bundes- sowie auf Landesebene und vor Ort in den Gemeinden und Städten inklusiv, ob digital oder analog. Wir laden euch/ Sie ein, mit uns über die Bildung von morgen ins Gespräch zu kommen.

Es wird Impulsreferate zu den folgenden drei Themen geben:

1. „Bildung in Europa und wir“
2. Moderne linke Bildungspolitik in Deutschland
3. Bildung ist Ländersache? – sächsische Bildungspolitik

Am Nachmittag gibt es vier Workshops zu den Themen:

1. Demokratisierung in der Bildung
2. Inklusion in der Bildung
3. Digitalisierung
4. Internationalisierung - Das deutsche Bildungssystem im europäischen Vergleich

## wortmeldung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind angesichts der von der NATO betriebenen Zuspitzung der internationalen Lage auf das äußerste besorgt. Die neue Regierung unseres Landes unterstützt die gegen Russland gerichtete Außenpolitik der USA vorbehaltlos. Die Traditionen der Entspannungspolitik, die mit den Namen von Brandt und Bahr verbunden sind, scheinen nicht mehr zu gelten. Statt dessen wird an das bellizistische Erbe der grünen Regimes, besonders Fischers, angeknüpft, dessen Folgen in Südosteuropa heute noch schmerzhaft spürbar sind. Statt auf Verhandlungen, etwa in Fortsetzung des Normandie-Formats, beantwortet die NATO innerrussische Militär-Manöver u.a. mit der Aktivierung der NATO-Eingreiftruppe. Jeder Funke kann zu einem europäischen Kriegsbrand mit unabsehbaren Folgen für das deutsche Volk und die Völker Europas führen.

Wir bitten Euch, beim Bundesvorstand darauf hinzuwirken, dass in den bevorstehenden Tagen und Wochen, dem Ringen um die Sicherung des Friedens erste Priorität eingeräumt wird. Der Bundesvorstand sollte die Mitglieder zu hoher Aktivität in diesem Sinne aufrufen.

Weitere mögliche Aktivitäten könnten sein: Die Bundestagsfraktion sollte gebeten werden, geeignete Schritte einzuleiten; dazu könnte der Antrag auf eine aktuelle Stunde zu diesem Thema im Bundestag gehören. Es sollten Schritte überlegt werden, wie die in der Friedensbewegung tätigen Kräfte gemeinsam aktiv werden. Vorhandene Gesprächskanäle nach Russland sollten benutzt werden, um Informationen über die Lage und mögliche Schritte der Entspannung auszutauschen.

Wir bitten Euch, dieses wichtige Anliegen als Kreisvorstand dem Bundesvorstand als besonders dringlich vorzulegen.

Mit solidarischen Grüßen

**DR. REGINA UND DR. REINHARD KLUGE**

Ortsverband Brand-Erbisdorf

**A**m 15. Dezember 2021 fand der letzte Kreistag des Jahres in der Harth-Arena in Hartha statt. Wegen der doch noch hohen Inzidenzen im Landkreis war der Landrat bemüht, die Sitzung zu straffen. Unsere Fraktion hat ihn dabei unterstützt und die Vorlage „Erarbeitung eines regionalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes“ auf die erste Sitzung im neuen Jahr verschieben lassen. Sogar die üblichen Informationen des Landrates fanden diesmal ohne zeitraubende Präsentationen statt.

Zum 1. Januar 2022 nehmen Christian Fiedler, Kevin Franz, Ingo Gruß, Gerd Irmischer sowie Tobias Schumann erstmals ihre Arbeit als ehrenamtliche Stellvertreter des Kreisbrandmeisters auf. Erneut bestellt wurde Steffen Kräher, der diese Tätigkeit bereits seit 1994 ausführt. Die sechs künftigen ehrenamtlichen Stellvertreter wurden vom Kreistag für sechs Jahre bestellt. Nach dem Verlesen der Namen und Funktionen gab es keine weiteren Anfragen. Sie wurden einstimmig bestätigt. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem bei Einsätzen die Beratung der örtlichen Einsatzleitungen, gegebenenfalls könnten sie diese auch übernehmen. Außerdem überprüfen sie die Aufstellung, Ausrüstung, den Leistungsstand und die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren. Nach Information der Kreisverwaltung sind mit Stand vom 31.12.2020 in den 53 Stadt- und Gemeindefeuerwehren sowie 211 Ortsfeuerwehren mehr als 5000 Kameradinnen und Kameraden aktiv. Hinzu kommen mehr als 1500 Mitglieder in Jugendfeuerwehren.

Die „Satzung zur 2. Änderung der Satzung des Landkreises über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Notfallrettung und des Krankentransportes“ war sachlich gut vorbereitet. Ab 1. Januar 2022 gelten neue Gebührensätze für die Durchführung der Notfallrettung und des Krankentransportes im Landkreis Mittelsachsen: Für den Einsatz eines Krankentransportwagens (KTW) beträgt die Gebühr künftig 240,50 Euro statt bisher 240,30 Euro, für einen Rettungswagen (RTW) 867,30 Euro statt 710,20 Euro sowie für ein Notarzteinsetzfahrzeug (NEF) 415,20 Euro statt bisher 369 Euro. Nach Information der Kreisverwaltung gab es im Jahr 2019, vor Beginn der Corona-Pandemie, 29 733 KTW-, 30 551 RTW- sowie 13 000 NEF-Einsätze. Die Satzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Die Vorlagen über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses und die anschließende Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019, der Beteiligungsbericht des Landkreises sowie die Pläne der Beteiligungsunternehmen für 2022 animierten auch keinen Kreisrat/keine Kreisrätin zu Diskussionen.

Interessanter war dann die Vorlage über den Verkauf von Anteilen der DBI-EWI GmbH aus Freiberg im Rahmen eines „Management-Buy-Out“ Verfahrens durch den Landkreis. Die Notwendigkeit dazu lag auf der Hand. Nach Aussage der Verwaltung wird nach Vorlage eines noch zu erstellenden Gutachtens mit einem sechstelligem Erlös gerechnet. Damit konnte auch der Beschluss dazu mehrheitlich gefasst werden.

Zur Vorlage „Bewilligung überplanmäßiger Auszahlungen im Haushaltsjahr 2021 für den sozialen Bereich lag eine detaillierte Begründung vor, so dass die Zustimmung einstimmig war.

Im nächsten Tagesordnungspunkt stand die Gesamtfinanzierung für die Sanierung der „Seebühne“ an der Talsperre Kriebstein unter Beteiligung des Landkreises zur Diskussion. Geplant sind der Neubau des Sozial- und Sanitärbereichs, die Errichtung eines Sonnensegels sowie die Erweiterung der Sitzplatzkapazitäten. Da an den dazu vorliegenden Vereinbarungen der Kreistag nichts auszusetzen war, wurde der Beschluss einstimmig gefasst.

Bei der 1. Änderung des Maßnahmeplanes „Brücken in die Zukunft“ im Bereich Schulen gab es die Zustimmung des Kreistages ohne Diskussion.


Mehr Aufmerksamkeit fand die Abfallgebührenkalkulation des Landkreises für die Jahre 2022/23. Zum sachlichen Vortrag des Geschäftsführers der Entsorgungsdienste Kreis Mittelsachsen GmbH, Herrn Irmer, blieben kaum Fragen offen. Die entsprechende „5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren“ für diesen Zeitraum kann durchaus als moderat bezeichnet werden. Beschlossen wurde die Anpassung der Abfallgebühren im Landkreis Mittelsachsen zum 1. Januar 2022. Diese gelten für zwei Jahre. Die

Festgebühr für die Behälter pro Monat bleibt konstant. Allerdings steigen die Kosten für die Leerung der Restabfallbehälter. Für einen 80-Liter-Behälter betrage die durchschnittliche Kostensteigerung zirka 4,48 Prozent. Bis auf teilweise Ablehnung seitens der AfD wurde der Satzung zugestimmt.

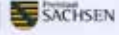
Danach ging es wieder einmal um die Mitgliedschaft des Landkreises im Abfallwirtschaftsverband Chemnitz. Bereits im Dezember 2018 hatte der Kreistag beschlossen, die Mitgliedschaft zu beenden und den Landrat beauftragt, über die Auflösung des Verbandes zu verhandeln. Da der Sachverhalt sehr kompliziert und komplex war, wurden unter Führung der Landesdirektion Kompromissvorschläge erarbeitet, die im November 2020 von allen Verbandsmitgliedern unterschrieben wurden. Vier Wochen später teilte die Stadt Chemnitz überraschend mit, dass sie die Vereinbarung „so nicht mittragen kann“, stellte neue Forderungen auf und weigerte sich, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Inzwischen wird zwar weiter verhandelt, aber vorsorglich wurde der Landrat per Beschluss ermächtigt, die Mitgliedschaft im Verband zum 31.05.2025 zu kündigen. Nach Aussage von Herrn Irmer würden sich daraus keine Nachteile für den Landkreis ergeben.

Da die Fraktion CDU/RBV ihren Antrag zur umfassenden Bürgerbeteiligung beim Bau von Windenergieanlagen nicht zurückgezogen hat, stand der jetzt zur Debatte. Dazu hat die AfD-Fraktion noch einen Ergänzungsantrag gestellt, der aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ziel des Antrages ist es, den Landrat per Beschluss zu beauftragen, die Regierung des Freistaates aufzufordern, beim weiteren Ausbau der Windkraft umfassende Beteiligungs- und Mitspracherechte der betroffenen Anwohner und Kommunen sicher zu stellen. Den Standpunkt unserer Fraktion zum Antrag hat Jana Pinka sachlich und umfassend erläutert. Sie wies u.a. darauf hin, dass bereits im aktuell gültigen Regionalplanverfahren die Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen ist! Für Windkraftanlagen war vom 13.09.-29.10.2021 die öffentliche Anhörung. Dabei sind ca. 550 Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen; ein Großteil davon aus dem Raum Eppendorf, Oederan und Oberschöna. Im Bundesimmissionschutzgesetz ist dagegen überhaupt keine Bürgerbeteiligung vorgesehen. Damit wäre der Antrag also nach Berlin und nicht nach Dresden zu schicken. Außerdem haben wir den Eindruck, dass die CDU Bürgerbeteiligung beim Ausbau von Windkraft schreibt, aber Verhinderung des Ausbaus mit vorgeschobener Bürgerbeteiligung meint. Bereits im Juli Kreistag standen ähnliche Anträge der AfD auf der Tagesordnung. Damals wurden die mit Unterstützung der CDU beschlossen und jetzt der CDU - Antrag mit Hilfe der AfD. Bei 20 Enthaltungen haben 36 Stimmen von CDU und AfD ausgereicht. Die Kooperation klappt!

Zum Schluss hat der Kreistag noch den Termin für die Landratswahl - wie aus Dresden vorgegeben - auf den 12. Juni und für einen etwaigen zweiten Wahlgang auf den 3. Juli gelegt. Im Kreiswahlausschuss wird uns Kreisrat Achim Grunke vertreten.



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES  
UND GESELLSCHAFTLICHES  
ZUSAMMENHALT





## Ehrenurkunde

Als Anerkennung und zum Dank  
für langjährige, uneigennütige Dienste  
für die Gesellschaft und den  
gesellschaftlichen Zusammenhalt  
für

Gottfried Jubelt

Augustusburg

Dresden, 23. November 2021  
  
Dr. Matthias Röbler  
Präsident des Sächsischen Landtages

  
Petra Köpping  
Staatsministerin

Für sein unermüdliches Engagement in seiner Heimatstadt Augustusburg wurde Gottfried Jubelt anlässlich des «Tages des Ehrenamtes» mit einer von Landtagspräsident Matthias Röbler und Staatsministerin Petra Köpping unterzeichneten Ehrenurkunde geehrt. Die Ehrenurkunde und eine umfangreiche Laudatio der Ministerin wurde übersandt, da der vorgesehene Empfang im Landtag wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnte.



**A**m 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs- und Funktionalreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich gewichtigster Aspekt: Die Bildung von zehn Landkreisen und drei kreisfreien Städten, darunter des Landkreises Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch, konnte sich aber - wie zu erwarten - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Heute gehen wir auf den Inhalt der Dezember-Ausgabe 2007 und der Januar-Ausgabe 2008 ein. Unsere Leser\*innen können der nebenstehenden Aufnahme der Titelseite entnehmen, dass der Druck noch zweifarbig war. wir auch im Januar 2008 noch nicht von den „mittelsächsischen Linksworten“ sprachen und die Ausgabe-Nummern und Jahrgänge der „Freiberger Linksworte“ in Klammern weitergeführt wurden, bis dahin immerhin 247 Ausgaben in 19 Jahren. Diese Doppelnumerierung beendeten wir mit der 250. Ausgabe im April 2008. Seit Juni 2008 erscheinen wir als „mittelsächsische Linksworte“.

**Zur Erinnerung:** Bereits Ende Januar 2007 trafen sich die drei Kreisvorsitzenden und die drei Fraktionsvorsitzenden aus Döbeln, Freiberg und Mittweida zu ersten Konsultationen, es wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet, die im Juli 2007 zu einer Programmklauseur zusammenkam. Auf einem Regionalparteitag am 27. Oktober 2007 wurde ein 15 Personen umfassender Regionalvorstand mit Achim Grunke aus Freiberg als Vorsitzendem gewählt. Darüber haben wir in unseren Oktober- und November/Dezember-

was geschah bei der mittelsächsischen linken vor 14 jahren ?



Heften ausführlich berichtet. In unserer Dezember-Ausgabe 2007 begannen wir mit der Vorstellung

der Arbeit in den Ortsverbänden. An der Reihe waren zunächst Leisnig und Rochlitz, im Januar 2008 folgten

Burgstädt und Flöha. Erwähnenswert an dieser Stelle, dass Dieter Kunadt (Leisnig) und Hans-Jürgen Kühn (Flöha) bis heute ununterbrochen an der Spitze ihrer Ortsverbände stehen. In der Dezember-Ausgabe 2008 stellte der neue Kreisvorsitzende des neuen Regional- und späteren Kreisverbandes, Achim Grunke, die strukturellen Schwerpunkte der bevorstehenden Kreis- und Verwaltungsreform und die Haltung der LINKEN dazu vor. Die Quintessenz daraus: Die LINKE äußert gravierende Bedenken zu den Entwürfen eines „Kreisgebietsneuordnungsgesetzes“ und eines „Verwaltungsneuordnungsgesetzes“. Auf der Grundlage einer mehrtägigen Anhörung im Landtag formulierte die Linksfraktion im Landtag Änderungsvorschläge, die (natürlich) abgelehnt wurden. Im Dezember 2007 begannen wir mit einem Artikel von Michael Matthes die Diskussion unserer programmatischen Vorbereitung auf die im Juni des Jahres 2008 anstehenden Wahlen zu einem mittelsächsischen Kreistages. Wir riefen alle Leserinnen und Leser, die Ortsverbände und Basisgruppen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Das Ziel waren kommunalpolitische Leitlinien für den künftigen Landkreis Mittelsachsen als Wahlprogramm für die Kreistagswahlen.

Im Januar konnten wir schon die neuen Wahlkreise für die Wahlen zum Kreistag vorstellen. Im Vergleich zur Kreistagswahl 2004 gibt es eine deutliche Verringerung der Zahl der Wahlkreise. Bestanden im Landkreis Freiberg 13 Wahlkreise, im Kreis Mittweida 9 Wahlkreise und im Kreis Döbeln 7 Wahlkreise, zusammen also 29 Wahlkreise, so reduzierte sich deren Zahl auf die heute noch existierenden 14 Wahlkreise.



Nach einer Beratung des damaligen Landesgeschäftsführers **Rico GEBHARDT** mit den Kreis- und Fraktionsvorsitzenden wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet. Unser Bild vom 21. Juli 2007 zeigt Teilnehmer der Programmklauseur der Koordinierungsgruppe in Döbeln. Auf dieser Beratung wurde vereinbart, für den 27. Oktober 2007 eine Delegiertenkonferenz einzuberufen, auf welcher der Vorstand des neuen Regionalverbundes gewählt wird.



Das Bild wurde am 23. Januar 2007 während der ersten Verständigung der Kreis- und Fraktionsvorsitzenden aus Döbeln, Freiberg und Mittweida „geschlossen“, die sehr harmonisch verlief. Das Bild zeigt die Fraktionsvorsitzenden **HEIKO HILGER** (Döbeln), **JENS STAHLMANN** (Mittweida) und **HANNES KRETZER** (Freiberg).



Damals und bis heute dabei: Die Ortsvorsitzenden **DIETER KUNADT** (oben, in Leisnig) und **HANS-JÜRGEN KÜHN** (unten, in Flöha).



## unser bundespräsidenten-kandidat

Am 13. Februar tritt die Bundesversammlung zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. SPD, Union, Grüne und FDP unterstützen Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier, die AfD hat einen eigenen Kandidaten angekündigt. „Wir sind der Meinung, dass DIE LINKE ein eigenes personelles Angebot machen, eine demokratische Alternative bieten sollte. Einen Kandidaten, der für soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität steht“, schreiben die Vorsitzenden von Bundestagsfraktion und Partei in einem gemeinsamen Brief an ihre Vorstände und schlagen Professor Gerhard Trabert als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vor. „Mit der Kandidatur Traberts bekommt die Wahl des Bundespräsidenten immerhin den Hauch von einem demokratischen Wettstreit“, kommentiert die Süddeutsche Zeitung. „Ich möchte die Kandidatur nutzen, um auf die Armut und soziale Ungerechtigkeit



in diesem Land hinzuweisen, und um als Fürsprecher von Menschen aufzutreten, die zu wenig gehört werden. Das zählt doch zu den ureigensten Aufgaben eines Bundespräsidenten“, sagt Professor Trabert dem Blatt.

Gerhard Trabert ist parteiloser Allgemein- und Notfallmediziner, Professor für Sozialmedizin und Autor. Er lebt in Mainz und ist bekannt als „Arzt der Armen“. Mit seinem Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“ und seiner „Ambulanz ohne Grenzen“ versorgt er obdachlose und nicht krankenversicherte Menschen. Gerhard Trabert war in vielen Krisengebieten dieser Welt als Arzt tätig - in Angola, Liberia, Kurdistan, Afghanistan, Syrien, in Haiti nach dem verheerenden Erdbeben. Als Seenotretter war er mit der Seawatch auf dem Mittelmeer und in Geflüchtetenlagern wie Moria, wo er sich besonders für die Evakuierung Schwerbehinderter engagiert hat. Auch in Deutschland setzt er sich für die ein, die seine Hilfe am meisten brauchen. Er war als Ersthelfer im Ahrtal nach den Überflutungen. Mit seinem Arztmobil ist er tagtäglich unterwegs, um obdachlose Menschen zu versorgen - gerade auch während der Pandemie. Zudem lehrt er als Professor an der Hochschule Rhein-Main und wurde als Hochschullehrer des Jahres ausgezeichnet.

Gerhard Trabert hat als parteiloser Direktkandidat für DIE LINKE in Mainz kandidiert und erzielte mit 12,7 Prozent das beste Erststimmenergebnis in Westdeutschland. Gerhard Trabert thematisiert den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit. Er genießt breite Anerkennung und wurde für sein Engagement mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz.

## spenden für besonderes engagement

von **MARVIN JAVANE**

Im Dezember vergangenen Jahres begleitete ich Marika Tändler-Walenta in ihrer Funktion als Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende zu zwei mittelsächsischen Vereinen.

Zuerst haben wir uns im Tierheim „Wiesengrund“ in Ostrau die Gegebenheiten der Tierhaltung angesehen, über die Schwierigkeiten der nachhaltigen Tiervermittlung gesprochen und uns über generelle Bedarfe solcher Einrichtungen informiert. Die nicht mehr so neue - jedoch trotzdem immer noch besondere Situation der Covid-19 Pandemie, haben auch die klassischen und weitverbreitet beliebten Haustiere, wie Hund und Katze, zu spüren bekommen. Zu Beginn des ersten Lockdown im vergangenen Frühjahr sind gerade Hunde zu einem



Spendenübergaben durch **MARIKA TÄNDLER-WALETA** im Tierheim „Wiesengrund“ in Ostrau (links) und bei der SG Rotation Göritzchain (rechts)

beliebten Zuwachs im eigenen Haushalt geworden. Die damit verbundenen Verpflichtungen jedoch, sind nicht für jeden Menschen dauerhaft zu stemmen. Die Gründe dafür können vielfältig sein. Aus diesem und noch etlichen weiteren Gründen, gibt es über die Weihnachtszeit auch im Ostrauer Tierheim ein Vermittlungstopp. Ein Lebewesen ist kein Geschenk mit Rückgaberecht sondern bedeutet Verantwortung! Um die Arbeit mit den Tieren unter oft schweren Bedingungen anzuerkennen und natürlich auch um einen Beitrag zum Fortbestand des Tierheims zu leisten, hat Marika am 15.12.2021 einen 200€ Spendencheck, zur Hälfte aus Mitteln der Landtagsfraktion und zur Hälfte als private Spende, überreicht.

Im Anschluss stand der Mensch wieder im Vordergrund. Als sportpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion sind Termine mit Sportvereinen im Landkreis natürlich immer von besonderem Interesse. Die SG Rotation Göritzchain, ein kleiner Verein im Osten von Lunzenau, konnte in den letzten Jahren viele Mitglieder\*innen neu dazugewinnen, Anlaufpunkt für viele Bewohner\*innen im Ortsteil werden und zeigt nebenbei auch, wie Vereinsleben und Mitgliedspflege während Corona funktionieren kann. Auch hier wurde die Gestaltung des Containers für die Beachvolleyballabteilung mit 350€ unterstützt. Die Spende setzte sich neben einem Spendenbetrag über 200€ der Landtagsfraktion, auch aus 150€ gesammelten Spenden auf dem letzten Kreisparteitags zusammen. An dieser Stelle gilt natürlich den mittelsächsischen Genoss\*innen ein besonderer Dank!

## gedenken an die opfer des nationalsozialismus

Alljährlich am 27. Januar - dem Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee - begehen wir seit 1996 den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Das geht auf eine Proklamation des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zurück.

Genossin **RIITA HILLMANN** aus Oederan und Genosse **JÖRG HOMMEL** machen darauf aufmerksam, dass der Gedenktag auch in diesem Jahr begangen wird.

Jörg Hommel schreibt: Da die Coronaschutzmaßnahmen immer noch vollumfänglich in Kraft sind, habe ich eine ortsfeste Kundgebung angemeldet. Wir werden im stillen Gedenken ein Gebinde niederlegen.“

Rita Hillmann, aktiv im VVN-BdA, zeigt Gedenkveranstaltungen in Augustsburg, Flöha, Niederwiesa und Oederan an. In Flöha wird Oberbürgermeister **VOLKER HOLUSCHA** sprechen.



## kreisverband mit kurs auf die landrats- und bürgermeisterwahlen am 12. juni

Die Bundespartei, der sächsische Landesverband der LINKEN und unser mittelsächsischer Kreisverband sind in das Jahr 2022 gestartet. Nachdem noch im Dezember eine Online-Beratung mit den Ortsvorsitzenden stattfand, startete das neue Jahr mit einer - ebenfalls online durchgeführten - gemeinsamen Beratung des Kreisvorstandes mit der Kreistagsfraktion. Inzwischen hat der Kreisvorstand per Umlaufbeschluss festgelegt, dass die ursprünglich bereits im Herbst 2021 vorgesehenen Neuwahlen des Kreisvorstandes am 26. Februar im Rahmen eines Kreisparteitages stattfinden werden. Für den gleichen Tag ist eine Kreiswahlversammlung zur Vorbereitung auf die Landtags- und Kommunalwahlen am 12. Juni vorgesehen.

Auf der Vorbereitung der Landrats- und Kommunalwahlen liegt der Schwerpunkt der Arbeit des Kreisverbandes und der Ortsverbände im 1. Halbjahr 2022. Im folgenden äußert sich die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** dazu.

Im Landesverband geht es vor allem um die Umsetzung der Beschlüsse des Landesparteitages vom November 2021 mit den Schwerpunkten Weiterführung der Strukturdebatte, digitalpolitische Leitlinien und künftige Mitgliedsentscheide im Bund und Land.

von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

**M**it dem Ergebnis der Bundestagswahl 2021 sind wir mit unter Prozent knapp im Deutschen Bundestag vertreten. Das ist ein Rückschlag für uns, aber auch für die soziale Gerechtigkeit in diesem Land, wobei die Schere zwischen arm und reich, Ost und west, Stadt und Land nun weiter auseinandergehen wird. Linke Politik war nie nötiger und nie denkbarer als heute. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren erleben müssen, wie sich die Pandemie negativ auf die Gesellschaft auswirkt. Wenn zum Beispiel Gesundheitssysteme der reinen Profitlogik unterworfen werden und es dementsprechend zu Krankenhausschließungen kam. Die Folgen werden uns heute wieder verdeutlicht. Die soziale Frage in Verbindung mit den Erfahrungen der vergangenen Jahre, von Finanz- und Eurokrise, über Schuldenkrise bis zur Coronakrise macht deutlich, dass es gesellschaftlicher Veränderungsprozesse bedarf.

In diesem Jahr werden wir uns zunächst auf die Bürgermeister- und Landratswahl am 12. Juni 2022 konzentrieren. Bereits im vergangenen Jahr hatten wir dazu einen Austausch im Kreisvorstand und bei der Ortsvorsitzendenberatung. Aus diesen zwei Beratungen haben wir uns eine Übersicht erstellt, in welchen Städten und Gemeinden wir eigene KandidatInnen aufstellen, GenossInnen ansprechen und auch für Kandidaturen ohne Parteimitgliedschaft werben werden.

Von enormer Wichtigkeit ist dabei unser Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Flöha, Volker Holuscha. Er hat in seiner Amtszeit nicht wenige Herausforderungen bestehen müssen, ganz zu schweigen von der eigentlichen Einarbeitung in ein solches Amt. Zudem hat er darüber hinaus erfolgreich als Kreisrat kandidiert und bringt sich mit seinen Erfahrungen in der Kreistagsfraktion ein. Er erhält die volle Unterstützung nicht nur von mir als Vorsitzende und dem Kreisvorstand sowie Ortsverband, ebenso hat die Landesebene ihre Unterstützung zugesichert.

In Freiberg und Mittweida haben wir gegenwärtig noch Abstimmungsbedarf und in anderen Städten zeichnen sich Bündnisse ab. Die Landratswahl hatten wir bereits im vergangenen Jahr im Fokus, wobei ich mögliche KandidatInnen angesprochen und für eine Kandidatur geworben habe. Im Rahmen der letzten Landratswahl bin ich als Kandidatin der Linken mit Unterstützung von SPD und Grünen angetreten, was zu einem durchaus soliden Ergebnis von 34,35 % geführt hat. Dementsprechend ist ein solches Bündnis wieder denkbar, allerdings werde ich aufgrund meiner Tätigkeit als Abgeordnete im Sächsischen Landtag für keine Kandidatur zur Verfügung stehen. Am 05. Januar 2022 gab es eine Austauschrunde von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion zu einer möglichen Unterstützungskandidatur. Der Kreisvorstand wird sich in seiner kommenden Sitzung am 16. Februar 2022 dazu beraten und dem Kreisparteitag am 26. Februar 2022 in Flöha einen Vorschlag unterbreiten. Zudem hat der Kreisvorstand ein Aktivierungsprogramm beschlossen. Wir werden in den kommenden Monaten gezielt in Gemeinden und Städten Flyeraktionen durchführen, um mögliche Sympathisantinnen aus der Region auszusprechen und zu aktivieren, ob als Neumitglied oder auch als parteilose\*r Aktivist\*in. In der zweiten Jahreshälfte werden wir diese Aktion dann auf die Gemeinden und Städte ausweiten, in denen keine Wahl stattfindet, um kreisweit wirken zu können.

Solltet Ihr uns dabei unterstützen wollen oder kennt Ihr Menschen, die sich vorstellen könnten zu kandidieren oder für uns aktiv zu werden, meldet euch einfach bei mir.

## Neu- und Jungmitgliedertreffen Dezember 2021

von **MAXIMILIAN LENK**

Um den Neu- und Jungmitgliedern einen Anknüpfungspunkt anzubieten und gleichzeitig langfristig in vorhandene Strukturen zu integrieren, haben wir einen neuen Kommunikationsweg initiiert. Das machen wir vor allem im Hinblick auf die Neueintritte im Rahmen der Bundestagswahl.

Dazu fand am 10. Dezember ein erstes Online-Treffen statt. An diesem nahmen acht Genoss\*innen teil. Sie sprachen über ihre Erwartungen an die Partei und das Parteileben. Abschließend spielte man gemeinsam ein Spiel online, welchem sich zur späteren Stunde weitere Genoss\*innen aus der Telegram-Aktiven-Gruppe anschlossen.

Als Entwicklung aus diesem erfolgreichen Treffen ergab sich der Wunsch, solche Treffen zu verstetigen. Diesem Wunsch wird entsprochen und es wird zukünftig jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19 Uhr zu einem lockeren Treffen auf dem „Discord-Server“ des Kreisverbandes eingeladen. Mehr Informationen dazu findet ihr in euren Mails.



Am 08. Dezember 2021 haben Vertreterinnen der GEW eine Petition an den Landtagspräsidenten Rößler und mich als Mitglied des Petitionsausschusses übergeben. Für die Petition, die mehr Personal für Kitas und Horte in Sachsen fordert, wurden mehr als 16.000 Unterschriften gesammelt. In meiner Rolle als Sprecherin für

den Bereich Kita kann ich die Forderung für mehr pädagogisches Personal in den Einrichtungen nur unterstützen. Ich werde mich auch weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass der Personalschlüssel erhöht und sich die Bedingungen für unsere Kinder damit endlich verbessern werden.

## Strukturdebatte im Landesverband wird fortgesetzt

In unserer November-Ausgabe zitierten wir den Abschnitt «Organisationspolitische Aufgaben» aus dem Leitantrag, der vom Landesparteitag der LINKEN am 14. November 2021 verabschiedet wurde:

*„Die insbesondere durch die Pandemie nur unzureichend stattgefundene Diskussion zwischen Landesebene, den Kreisverbänden und den landesweiten Zusammenschlüssen zu ggf. gemeinsam als notwendig erachteten Strukturveränderungen wird wieder aufgenommen und mit der Perspektive auf einen dementsprechenden Mitgliederentscheid nach §8 der Landessatzung im Jahr 2023 zu Ende geführt. Für die organisationspolitischen und strukturellen Aufgaben wird es im 1. Halbjahr 2022 einen Landesparteitag zur Diskussion der bisherigen Vorschläge und der Entwicklung des Mitgliederentscheides geben. Vorhergehende Abfragen zu den bisherigen Veränderungsvorschlägen in den jeweiligen Strukturen (Ortsverbände, Kreisverbände, Landesweite Zusammenschlüsse, etc.) sind ebenso vorzunehmen.“*

Inzwischen hat es am 26. November und 3. Dezember 2021 sowie am 14. Januar diesen Jahres Online-Sitzungen des Landesvorstandes gegeben, auf welchem weitere Beschlüsse gefasst worden sind, die man auf der Webseite des Landesverbandes nachlesen kann. Im folgenden die wichtigsten Termine für das erste Halbjahr:

- Am 21. Januar (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) ein „Kleiner Parteitag“.
- Am 8. und 9. April eine gemeinsame Klausur von Landesvorstand und Landesrat
- **Am 12. Mai die (noch nicht einberufene) 2. Tagung des 16. Landesparteitages**

**Zur Information:** Der nächste Landesparteitag findet am 25. und 26. Juni in Erfurt statt.

## wie viel freiheit ist möglich?

von ACHIM GRUNKE

**A**us ganz verschiedenen Richtungen kommt allenthalben der Ruf nach Freiheit, es scheint, als wohne ihr eine mystische übersinnliche Kraft inne. Auf Flyern und Plakaten zur Bundestagswahl 2021 konnte man lesen: „Aus Liebe zur Freiheit“ oder gar „Die Freiheit wählen“. Die rechtsextreme Kleinstpartei „Freie(?) Sachsen“ protestiert im Namen der Freiheit gegen eine vermeintliche Corona-Diktatur. Und die Montagsspaziergänger meinen, dass Freiheit anscheinend unbegrenzt sei und testen das auch aus. „Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein“, heißt es zwar im Lied bei Reinhard Mey. Aber gilt das auch wörtlich hier auf Erden in der menschlichen Gesellschaft? Deshalb sei ein Ausflug in die Gefilde der Philosophie erlaubt und der Versuch unternommen, näher zu bestimmen, was sich hinter dem Begriff Freiheit überhaupt verbirgt und wo der Freiheit ihre Grenzen gesetzt sind.

## Freiheit und Notwendigkeit

Ganz allgemein wird unter Freiheit die Fähigkeit verstanden, dass der einzelne Mensch selbstbestimmt sich bewegen, handeln und verhalten kann. Es wird dann im einzelnen u.a. von Entscheidungsfreiheit, Wahlfreiheit, Willensfreiheit, Handlungsfreiheit gesprochen.

In negativer Bestimmung bedeutet Freiheit das Freisein von äußeren Bedrückungen und Hindernissen und das freie, von äußeren Zwängen ungehinderte Sich-Bewegen-Können. In positiver Bestimmung meint Freiheit die Möglichkeit des selbstbestimmten Handelns, der freien Entscheidung und Wahl. Die Handelnden sind hier die letzte Bestimmungsinanz ihrer Handlungen und können sich nach ihren persönlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Zielen selbst für etwas entscheiden.

Der Wahrnehmung der Freiheit durch die einzelnen Menschen sind jedoch zumindest folgende Grenzen gesetzt:

- Freiheit ist nicht gegen die Naturgesetze und nur im Rahmen der vorhandenen Naturressourcen durchsetzbar;
- Freiheit wird immer auch eingegrenzt durch ökonomische Gesetze der Gesellschaft und für das einzelne Individuum durch seinen sozialen Status;
- Freiheit kann auf legitime Weise durch Rechtsnormen (Gesetze) eingeschränkt werden, wenn sie von einem demokratisch gewählten Parlament beschlossen werden.

„Freiheit“ war das Programm der Aufklärung und des Humanismus in der Neuzeit gegen Aberglauben und politische Unterdrückung. Aber für die Denker der Aufklärung war Freiheit verbunden mit der Vernunft und der Einsicht in die Notwendigkeit. Hervorzuheben sind hier insbesondere Baruch Spinoza (1632-1677), Immanuel Kant (1724-1804) und Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831).

Friedrich Engels (1820-1895) hat in seiner Schrift „Anti-Dühring“ unmittelbar darauf Bezug genommen: „Hegel war der erste, der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit... Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies mit Beziehung sowohl auf die Gesetze der äußeren Natur, wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Dasein des Menschen selbst regeln - zwei Klassen von Gesetzen, die wir höchstens in der Vorstellung, nicht aber in der Wirklichkeit voneinander trennen können. Freiheit des Willens heißt daher nichts andres als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können.“<sup>1</sup> Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit bedeutet indes nicht,

**Die Freiheit ist eine neue Religion, die Religion unserer Zeit.**

Heinrich Heine

dass Freiheit bloß eine lineare Folge der Notwendigkeit ist, dass Freiheit sich nur in einem kausalen Abhängigkeitsverhältnis zur Notwendigkeit befinde. Freiheit würde hier ihre Eigenständigkeit verlieren und sich auf ein Anerkennen der Notwendigkeit reduzieren. Am Ende muss gelten, dass die handelnden Personen die letzte Bestimmungsinanz ihrer Handlungen sind und ihnen grundsätzlich eine Entscheidungsfreiheit zwischen Alternativen bleibt, zumal davon auszugehen ist, dass die „Notwendigkeit“ eine komplexe Angelegenheit ist, aus der keine einfachen linearen Schlüsse zu ziehen sind und in konkreten Situationen Handlungsalternativen möglich sind.

## Freiheit und Nachhaltigkeit

Seit kurzem wird auch thematisiert, wie durch nachhaltige Entwicklung die Freiheit künftiger Generationen gesichert werden muss. Das „factory-Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften“ Nr. 1/2020, herausgegeben vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, stand ganz unter dem Thema „Freiheit“. Die Freiheit zu exzessivem Verbrauch und unbegrenzter Nutzung von Natur stoße längst an die Grenzen unseres Planeten, heißt es da. Es sei ein zentrales Gebot der Nachhaltigkeit, Rücksicht auf die Situation, die Bedürfnisse und die Freiheit künftiger Generationen zu



nehmen. Die sogenannte intergenerationale Gerechtigkeit der heutigen gegenüber den folgenden Generationen lasse sich weder mit naturbeherrschender Vernunft noch mit wachstumssüchtigem Kapitalismus erreichen.

Die Opfer und Folgen einer ungebremsten Klimakrise würden wahrscheinlich zukünftig weit zahlreicher und dauerhafter sein. Eine zunehmende Verengung von Naturräumen könnte sogar weitere ähnliche Pandemien wie die jetzige verursachen, eine nicht gemeinwohlorientierte Wirtschaft in immer stärkeren Krisen unzählige Menschen verarmen lassen. Das System müsste so organisiert werden, dass es mit einer Freiheit ganz und gar vorbei sein müsste, Gewinne mittels Raubbau und Sorglosigkeit zu erzielen. Womöglich könne eine Freiheit, die Nachhaltigkeit meint, erst dann beginnen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Bezug auf Artikel 20a des Grundgesetzes einen bemerkenswerten Beschluss gefasst. In Artikel 20a wird der Staat verpflichtet, auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung zu schützen.

In den Leitsätzen des Beschlusses heißt es dazu, dass in diese Verpflichtung auch mit eingeschlossen ist, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen

und auf die Herstellung von Klimaneutralität hinzuwirken. In Abwägungssituationen nehme künftig das relative Gewicht des Klimaschutzgebots zu. Unter bestimmten Voraussetzungen verpflichte das Grundgesetz zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen. Um eine intertemporale Freiheitssicherung zu erreichen, ist eine einseitige Verlagerung der Treibhausgasbelastung in die Zukunft zu verhindern. „Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten. Konkret erfordert dies, dass frühzeitig transparente Maßgaben für die weitere Ausgestaltung der Treibhausgasreduktion formuliert werden, die für die erforderlichen Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse Orientierung bieten und diesen ein hinreichendes Maß an Entwicklungsdruck und Planungssicherheit vermitteln.“<sup>2</sup>

Im „Philosophie Magazin“ Nr. 6/2021, das unter dem Rahmenthema „Muss die Freiheit sterben, damit wir leben können?“ steht, bemerkte dazu die Chefredakteurin Svenja Flaßpöhler, dass wir gegenwärtig erleben, wie die Idee der Freiheit, die bislang als Motor des menschheitsgeschichtlichen Fortschritts galt, an eine Grenze stößt. Wie es scheint, wurde der Freiheitsbegriff „schlichtweg überreizt durch eine Wirtschaftsform, in der Autonomie auch und vor allem eines heißt: Warenverfügbarkeit. Wer wir sind und wie wir das gute Leben verstehen, entscheidet sich im Kapitalismus (anders könnte er kaum bestehen) maßgeblich am Konsum. An Kleidung und Dingen. An Autos, Häusern, Fernflügen. So sehr ausgedehnt haben wir unsere Freiheitsräume, dass die Welt um uns herum buchstäblich in Flammen steht.“<sup>3</sup>

## Freiheit und Coronakrise

Aber nicht nur der Klimawandel stellt gegenwärtig die Freiheit auf den Prüfstand, auch die Coronakrise mache auf schmerzliche Weise bewusst, „dass individualistischer Nonkonformismus keineswegs nur eine Tugend ist, sondern das Wohl aller zu gefährden vermag. Das Ansteckungsrisiko ist es, das die Freiheit in ihre Schranken verweist, und so stehen zunehmend all jene am Pranger der Politik, die sich nicht impfen lassen wollen, an der Verfügungsgewalt über den eigenen Körper festhalten und selbst über ihre Gesundheitsrisiken entscheiden möchten... Was jetzt zähle, sei Solidarität: Da sind sich die meisten Menschen hierzulande derzeit einig... Tatsächlich geht es am Ende womöglich darum, unser Verständnis des Ich zu überdenken und uns selbst neu zu begreifen.“

Der Zukunftsforscher Matthias Horx meint hierzu, dass die Paradoxie zwischen Individualismus und Individualität in Corona-Zeiten besonders sichtbar wurde und die Pandemie das Verhältnis zwischen „Ich“ und „Wir“ auf besondere Weise berührt habe. Individualismus sei die Bevorzugung des Eigenen über das Andere. Individualität hingegen sei reife Sozialität und eine Kulturtechnik.

„Zum erwachsenen Ich-Sein gehören Sozialkompetenzen. Vermittlungsformen, die die Bindungen und die Freiheiten auf einer höheren Ebene der Wahrnehmung verbinden. Die Fähigkeit, sich selbst im anderen zu spiegeln. Die Möglichkeit der sozialen Differenz in Gemeinschaft. All das müssen wir üben und üben, immer wieder. Pandemien sind wunderbare Übungsparsours. Durch einen Virus werden wir mit unserer eigenen körperlichen Immunologie konfrontiert. Mit der gesellschaftlichen Solidarität.“<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Marx-Engels Werke, Bd. 20, S. 106.

<sup>2</sup> Svenja Flaßpöhler: Was ist der Kern der Freiheit?

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Matthias Horx: Die Hoffnung nach der Krise, Econ Verlag 2021, S. 78.



kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 24. November zu seiner letzten Beratung im Jahr 2021 zusammen. Sie musste aus aktuellem Anlass erneut online stattfinden. Es wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

■ **Aktuelles:** Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta informierte über das Ergebnis der Neuwahlen zum Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion der LINKEN. Sie sei auf eigenen Wunsch nicht zur erneuten Wahl in den Fraktionsvorstand angetreten. (zur Information unserer Leser\*innen: Marika Tändler-Walenta war bis dahin Mitglied des Fraktionsvorstandes.) Zur aktuellen Pandemie-Situation wurde klargestellt, dass weiterhin die Geschäftsstellen und Bürgerbüros in Freiberg, Döbeln und Mittweida geschlossen bleiben. Die Wahlen zum neuen Kreisvorstand sollen auf einem Kreisparteitag im 1. Quartal 2022 durchgeführt werden. Es wurde festgelegt, dass am 14. Dezember eine digitale Beratung mit den Ortsvorsitzenden durchgeführt wird.

■ **Auswertung des Landesparteitages vom 13. und 14. November:** Lars Kleba stellte die Schwerpunkte heraus: erstens der beschlossene Leit Antrag und die digitalpolitischen Leitlinien, zweitens ein "Sonderparteitag" im 1. Halbjahr 2022, drittens der Abschluss der Strukturdebatte, viertens die Vorbereitung von Mitgliederentscheiden auf Bundes- und Landesebene und fünftens die Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 12. Juni 2022.

■ **Beratung und Bestätigung des Finanzplans 2022:** Der Schatzmeister informierte zunächst darüber, dass etwa 2.000 Euro mehr als vorgesehen für den Wahlkampf für die Bundestagswahlen eingesetzt wurden. Beraten und bestätigt wurden der Finanzplan 2022 und die langfristige Finanzplanung des Kreisverbandes bis zum Jahr 2024, dem Jahr der nächsten Landtagswahlen. Debattiert wurde über die Finanzierung der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg, der Geschäftsstellen in Burgstädt und Rochlitz und der Bürgerbüros in Döbeln und Mittweida.

■ **Vorbereitung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen 2022:** Alle Wahlvorschläge müssen bis zum 7. April eingereicht werden. Die Landrats- und Bürgermeisterwahlen finden am 12. Juni statt. Marika Tändler-Walenta informierte über den aktuellen Stand von möglichen Kandidaturen der LINKEN als Bürgermeister. Diese finden in 30 Städten und Gemeinden der insgesamt 53 Kommunen Mittelsachsens statt.

Im Umlaufverfahren bestätigte der Kreisvorstand den Vorschlag der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta, für den 26. Februar eine **Kreismitgliederversammlung** einzuberufen. Zur Kreismitgliederversammlung (vormittags) wird ein neuer Kreisvorstand gewählt, zur Kreiswahlversammlung (ca. 12:30 Uhr bis 14:00 Uhr) Dort besteht die Möglichkeit, den Landratskandidaten zu nominieren oder aber zumindest zu präsentieren, sollte dieser als parteiloser KandidatIn antreten.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Februar 2022 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

<b>GERALD WAMSER</b>	geb. am	01.02.1940,	in	Brand-Erbisdorf
<b>RUDOLF WEHNER</b>	geb. am	01.02.1934,	in	Freiberg
<b>GOTTFRIED SCHLEHAHN</b>	geb. am	01.02.1932,	in	Döbeln
<b>FRANZ PANUSCHKA</b>	geb. am	04.02.1947,	in	Waldheim
<b>RENATE HELLER</b>	geb. am	04.02.1952,	in	Mittweida
<b>ANNEMARIE ZSCHALIG</b>	geb. am	07.02.1940,	in	Rochlitz
<b>GERLINDE KARBE</b>	geb. am	09.02.1940,	in	Döbeln
<b>DIETMAR PREISSLER</b>	geb. am	09.02.1936,	in	Flöha
<b>ANNELIES MALASCHEWSKI</b>	geb. am	11.02.1942,	in	Mittweida
<b>MARTIN ANDERS</b>	geb. am	12.02.1939,	in	Großhartmannsdorf
<b>BRIGITTE SONTOWSKI</b>	geb. am	14.02.1935,	in	Freiberg
<b>HEINZ BRAUN</b>	geb. am	14.02.1952,	in	Brand-Erbisdorf
<b>BARBARA KEHRER</b>	geb. am	18.02.1941,	in	Frauenstein
<b>GÜNTER SCHULZE</b>	geb. am	20.02.1938,	in	Freiberg
<b>MARGRET NEUMANN</b>	geb. am	20.02.1937,	in	Penig
<b>MARGOT PREISSLER</b>	geb. am	21.02.1937,	in	Flöha
<b>BRIGITTE HÜBLER</b>	geb. am	22.02.1939,	in	Freiberg
<b>SIEGLINDE BRENDEL</b>	geb. am	24.02.1957,	in	Roßwein

**In eigener Sache:** An dieser Stelle hatte in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.



Der Presse konnte man es entnehmen: **KATJA KIPPING**, MdB, trat am 21. Dezember 2021 für DIE LINKE als Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in den neuen Berliner Senat ein und legte in diesem Zusammenhang ihr Bundestagsmandat nieder. Am 5. Januar rückte **CLARA BÜNGER** (auf der sächsischen Landesliste für die Bundestagswahl auf Platz 5 gewählt) als Bundestagsabgeordnete nach. Wir hatten Clara in den LinksWorten bereits im Juli des vergangenen Jahres kurz vorgestellt. Sie wuchs in Freiberg auf und legte hier ihr Abitur ab. Sie hatte bereits vor 16 Jahren als junge Frau für den Bundestag kandidiert. Damals engagierte sie sich in der Initiative «Buntes Leben in Freiberg». Ab 2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der LINKEN im Bundestag.

historische daten und jahrestage im januar 2022

<b>Im Jahr 1122:</b>	Friedrich I. Barbarossa geboren
<b>15. 01. 1622:</b>	Jean-Bapiste Poquelin alias Molière geboren
<b>28.01. 1872:</b>	Otto Braun (SPD-Politiker) geboren
<b>01.01. 1922:</b>	Gründung der Kommunistischen Partei Chiles
<b>03.01. 1922:</b>	Friedrich Wilhelm Voigt gestorben («Hauptmann von Köpenick»)
<b>01.01. 1942:</b>	Unterzeichnung der Deklaration der Vereinten Nationen in Washington

<b>06.01. 1942:</b>	Tina Modotti, SchauspielerIn, Fotografin und RevolutionärIn, gestorben
<b>20.01. 1942:</b>	Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“
<b>04.01. 1947:</b>	Erste Ausgabe des „Spiegel“
<b>11.01. 1952:</b>	Ratifizierung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Montanunion“)
<b>24.01. 1962:</b>	Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht in der DDR
<b>01.01. 2002:</b>	Einführung des Euro

## terminübersicht

### Januar 2022:

05.01.	18:00 Uhr	Gemeinsame Beratung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion (online)
18.01.	19:00 Uhr	Digitales Mitgliedertreffen mit den Bundesvorsitzenden <b>SUSANNE HENNIG-WELLSOW</b> und <b>JANINE WISSLER</b>
21.01.	18:00 Uhr	„Kleiner Parteitag“ (Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzende, Fraktionsvorstand) des Landesverbandes Sachsen (online)
25.01.	18:00 Uhr	Online-Sprechstunde mit den Landesvorsitzenden <b>SUSANNE SCHAPER</b> und <b>STEFAN HARTMANN</b>
27.01.	19:00 Uhr	Neu- und Jungmitgliedertreffen des Kreisverbandes (online)

### Februar 2022:

05.02.	10.00 Uhr	Beratung des geschäftsführenden Landesvorstandes mit den Ortsvorsitzenden (online)
16.02.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes (Kreisgeschäftsstelle Freiberg oder online)
24.02.	19:00 Uhr	Neu- und Jungmitgliedertreffen des Kreisverbandes (online)
26.02.	10:00 Uhr	<b>Kreismitglieder- und Kreiswahlversammlung</b> Flöha, „Alte Baumwolle“



**Ein neues Format:** Die Landesvorsitzenden der LINKEN, Susanne Schaper und Stefan Hartmann laden zur Online-Sprechstunde ein. Die Sprechstunden finden als Videokonferenz via BigBlueButton statt:  
<https://bbb.dielinke-sachsen.de/b/die-mkv-t0v>



### Fünf Gründe für die Mitgliedschaft bei der LINKEN

- Gemeinsam mit mehreren Zehntausend Mitgliedern kannst du wirklich etwas bewegen.
- Als Mitglied hast du volles Stimmrecht: Du entscheidest vor Ort über Programm, Kandidat\*innen und Vorstände.
- Du kannst dich vernetzen und viele andere nette Leute kennenlernen
- Mit deinem Mitgliedsbeitrag unterstützt du die einzige größere Partei, die sich nicht von Konzernen & Co. finanzieren lässt.
- Ob Fahrradtour, Kneipendiskussion, Sommerfeste, Skatturnier oder Weiterbildungen: Wir haben ein vielfältiges Veranstaltungsangebot für dich.



Alljährlich am zweiten Sonntag im Januar ist die Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde Ziel des stillen Gedenkens der LINKEN und der Luxemburg-Liebkecht-Demo. Anlass ist der Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht.

Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 war immer eine kleine mittelsächsische Delegation dabei. Zumal die Bundestagsfraktion der LINKEN am gleichen Tag traditionsgemäß mit mitreißenden Veranstaltungen den politischen Jahresauftakt beging.

Nachdem das stille Gedenken im Vorjahr auf den 14. März verschoben werden musste, fand sie in diesem Jahr zum „angestammten“ Termin am 9. Januar statt.

**Zu unseren Bildern:** Oben die Partei- und Fraktionsspitze (**AMIRA MOHAMED ALI**, **DIETMAR BARTSCH**) mit der Bundestagsvizepräsidentin **PETRA PAU** und Bundesgeschäftsführer **JÖRG SCHINDLER**, unten die beiden Parteivorsitzenden **SUSANNE HENNIG-WELLSOW** und **JANINE WISSLER** (von links).

Die Ortsvorsitzenden **JÖRG HOMMEL** (Frankenberg) und **JENS SCHEUNERT** (Lichtenau) informierten uns über das Ableben des

Genossen **HORST SEILER** Lichtenau, Ortsteil Biensdorf

**JÖRG HOMMEL** schreibt uns:

„Vielen von uns ist **HORST SEILER** durch sein aktives Engagement für die Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg bekannt, wie auch seine fürsorgliche Pflege der gepflanzten Birken an der Gedenkstätte in Sachsenburg. Desweiteren war er aktiv in der ISOR, im „Rotfuchs“ und vielen anderen Vereinen, die sich um das positive Erbe der DDR bemühten und dem grassierenden Antikommunismus in unserer Gesellschaft entgegenzutreten.“

Unser Anteilnahme gilt seinen Hinterbliebenen. Auf Grund der pandemischen Lage können leider nicht so viele an der Trauerfeier teilnehmen. Wir sollten ihn in unserer Erinnerung einen guten Platz bewahren.“

**Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen**

**CHRISTA LINDNER**  
**LORE MÜNZER**

**Lichtenau**  
**OEDERAN**

**Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.**